

Stadtparlament Arbon

Bericht der Kommission zur Vorberatung der Änderung des Abfallreglementes (Einführung einer Grundgebühr zur Abfallbeseitigung)

Zusammensetzung der Kommission

Präsident:	Vonlanthen Andrea, SVP
Mitglieder:	Bertelmann Bernhard, SP-Gewerkschaften-Juso Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso Schmid Luzi, CVP/EVP Zürcher Claudia, FDP
Vertretung Stadtrat:	Klöti Martin, Stadtammann
Protokoll:	Jung Evelyne, Parlamentssekretärin

Die Kommission zur Vorberatung der Änderung des Abfallreglementes (Einführung einer Grundgebühr zur Abfallbeseitigung) behandelte die Vorlage an einer Sitzung. Sie dankt dem Stadtrat für die ausführliche Botschaft und Stadtammann Martin Klöti für die Begleitung der Beratungen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Die Kommission beschliesst mit 5:0 Stimmen, auf die Vorlage nicht einzutreten.
- In der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit 5:0 Stimmen abgelehnt.

Eintreten

In der Diskussion zum Eintreten verwies Stadtammann Martin Klöti auf die ausführliche Botschaft. Er betonte, die RPK habe immer wieder darauf hingewiesen, bei der Abfallbeseitigung sei keine Kostendeckung vorhanden. Mit den neu vorgesehenen Gebühren könnten die Kosten gedeckt werden. Würde die Gebühr abgelehnt, müsste über eine Steuererhöhung nachgedacht oder aber mit den Leistungen zurückgefahren werden.

Von Kommissionsmitgliedern wurde betont, eine saubere Stadt sei für die einheimische Bevölkerung und für auswärtige Besucher von grosser Bedeutung. Das Image einer Stadt hänge wesentlich auch mit der Sauberkeit zusammen. Es sei offensichtlich, dass der achtlose Umgang mit Abfällen zunehme. Daraus ergäben sich auch laufend höhere Kosten für die Abfallentsorgung.

Trotzdem stellten sich sämtliche Kommissionsmitglieder hinter einen Antrag auf Nichteintreten auf die Vorlage. Dabei wurden folgende Überlegungen geäußert:

- Die Sauberkeit gehört zu den Grundaufgaben einer Stadt. Dafür werden Steuern entrichtet.
- Da die vorgesehene Gebühr ohne eine neue Leistung der Stadt erhoben werden soll, entspricht sie einer verkappten Steuererhöhung um gut 2 Prozent.
- Die neue Gebühr ist ungerecht, da alle Bürgerinnen und Bürger gleich viel bezahlen müssen, unbesehen von ihren Abfallmengen. „Abfalltouristen“ werden überhaupt nicht zur Kasse gebeten. Der Verursacher ist in vielen Fällen gar nicht bekannt.
- Mit einer neuen Gebühr dieser Art wird sich die Abfallsituation nicht verbessern, sondern eher verschlimmern. Die Gebühr provoziert eine Haltung, wonach gedankenlos Abfall produziert werden darf, da die Entsorgung ja via teure Gebühr von jedem Haushalt bezahlt wird.
- Die neue Gebühr bringt einen höheren Verwaltungsaufwand.
- Im Vergleich zu andern Gemeinden ist die Gebühr recht hoch angesetzt.

Dem Kommissionspräsidenten wurde zudem ein Schreiben des Preisüberwachers zugespielt. Dieser schreibt in der Antwort auf eine Beanstandung durch einen Bürger, eine Mehrbelastung der Haushaltungen in Arbon über Abfallgebühren sei nicht angezeigt. Eine Grundgebühr wäre nur bei gleichzeitiger Reduktion der Sackgebühr denkbar.

Die Kommission diskutierte speziell auch über Möglichkeiten, die Kosten für die Abfallentsorgung zu senken und die Abfallmengen zu reduzieren. An den Stadtrat ergingen folgende Aufforderungen:

- Die Kosten des Werkhofs und der Abfallentsorgung sind detailliert aufzulisten, um allenfalls kostensenkende Massnahmen ergreifen zu können.
- Zur Reduktion der Abfallmengen sind verstärkt alternative Wege zu suchen und dazu auch in der Bevölkerung eine breite Diskussion auszulösen.

Detailberatung

Materiell hat die Kommission keine Einwände zum neuen Artikel 21 und zu Artikel 28 Absatz 2.

Zu Artikel 28 Absatz 3: Sollte das Stadtparlament entgegen dem Antrag der Kommission Eintreten auf die Vorlage beschliessen, so beantragt die Kommission, die Gebühr erst auf Anfang 2013 einzuführen.

Arbon, 21. Januar 2012

Der Kommissionspräsident

Andrea Vonlanthen